

Soziale Verteidigung

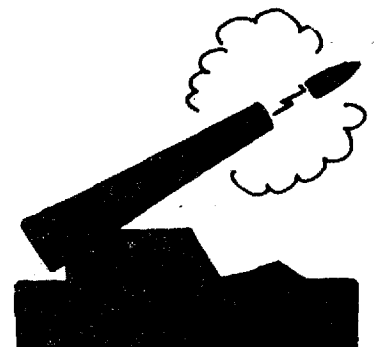
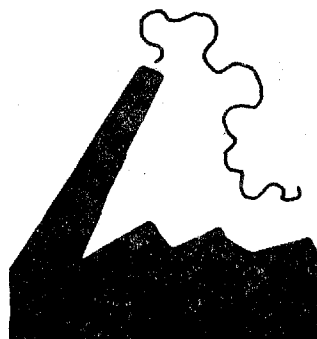
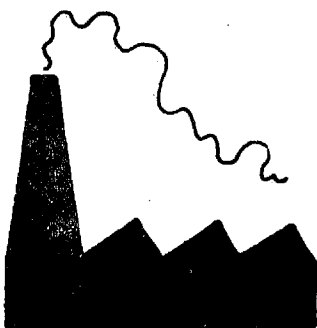
Unter "sozialer Verteidigung" versteht man Kampfformen, die einer voll demokratischen Gesellschaft erlauben, sich ohne Anwendung von Gewalt wirksam gegen einen Angreifer zur Wehr zu setzen, auch wenn dieser mit Gewalt vorgeht. Historische Beispiele solchen gewaltlosen Widerstandes sind etwa der Ruhrkampf von 1923 (die deutschen Arbeiter streiken gegen die franz.-belgische Besetzung des Ruhrgebietes), der norwegische Widerstand gegen Hitlers Besatzer (3000 deutsche Beamten wurden nötig für eine Bevölkerung von 2,8 Millionen Einwohnern, während in Dänemark z.B. 200 deutsche Beamten für 4 Millionen genügten), insbesondere aber - da hier der Widerstand rein gewaltlos war - die Resistenz der tschechoslowakischen Bevölkerung, welche die Panzer des Warschauer Pakts 1968 zum Stillstand brachte und die russische Heeresführung zur öfteren Auswechslung ganzer Truppenteile zwang, weil die gewaltlosen Verteidigungsmethoden der Tschechen ihre Kampfmoral zersetzten, während ein bewaffneter Widerstand umso leichter ein brutales Niedermetzeln gerechtfertigt hätte.

Wohl wurde letzten Endes der tschechische Widerstand doch besiegt, aber, wie Michel Tatu, Journalist in "Le Monde", damals schrieb (21.8.1973): "Même la forme de résistance non-violente adoptée spontanément par la population aurait pu se prolonger beaucoup plus longtemps, et conduire à une situation bien différente, si ses dirigeants n'y avaient pas mis fin volontairement par une politique de collaboration synonyme de capitulation".

Das tschechische Beispiel zeigt zwei Bedingungen einer erfolgreichen sozialen Verteidigung: 1. sie muss vorbereitet werden - und nichts verhindert übrigens den sofortigen Beginn einer solchen Vorbereitung, es sei denn das Fehlen eines politischen Willens, denn die Friedensforschung hat heute schon alle wissenschaftlichen Vorarbeiten geleistet; 2. Sie muss vom ganzen Volk getragen sein.

Letzteres scheint wohl das schwierigste Problem zu sein. Wieviel einfacher ist es nämlich, mit der Waffe in der Hand zu kämpfen - und zu sterben, als ohne Waffe. Trotzdem sind die Anhänger der sozialen Verteidigung überzeugt, dass die moralische Widerstandskraft eines gewaltlos kämpfenden Volkes viel stärker und dauerhafter sein wird.

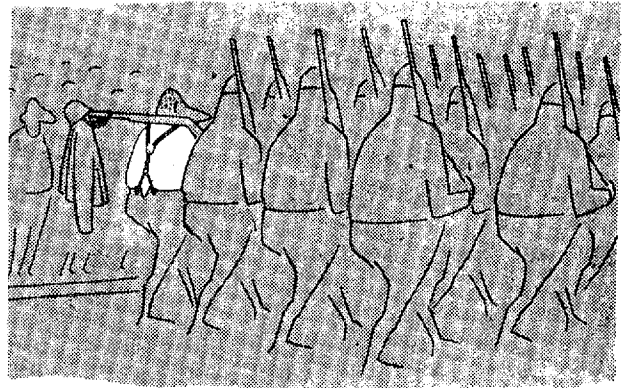
Um eine solidarische Haltung des Volkes zu erreichen, neigen denn auch die meisten Friedensforscher zur Ansicht, dass eine Abrüstung der herkömmlichen Armee(n) nur im Zusammenhang mit einer fundamentalen Umstrukturierung der Gesellschaft möglich sein wird. Wie sollte nämlich ein unter sozialen Ungerechtigkeiten leidendes Volk zu einer solidarischen Einheit finden, die jede Kollaboration verhindert? Nicht zufällig



hat sich der französische "Mouvement pour une Alternative Non-Violente" in einem kürzlich erschienen^{en} Manifest (1) für eine selbstverwaltete Gesellschaft ausgesprochen, wo es keine technokratischen (z.B. militärischen) Eliten mehr geben soll. Umgekehrt weist der MAN darauf hin, dass eine selbstverwaltete Gesellschaft schlecht mit einer zentralisierten Armee denkbar ist. Wer für eine gewaltlose soziale Verteidigung eintritt, muss also auch gegen das privat- oder staatskapitalistische Wirtschaftssystem eintreten und sich für ein Wirtschaftssystem einsetzen, in welchem die Produktionsentscheidungen nicht auf Grund der Gewinnaussichten, sondern auf Grund der menschlichen Bedürfnisse gefällt werden.

Hier wird übrigens deutlich, dass das System der sozialen Verteidigung auch die 2. Funktion des Militärapparats

"ersetzt", nämlich jene der innenpolitischen Stabilisierung, des herrschaftserhaltenden Instruments in der Hand der Oberschicht. In der Tat, "il y a une défense contre l'extérieur qui est mythique et qu'on présente comme réelle, et une défense contre l'intérieur qui est réelle (puisqu'il s'agit bien pour le Pouvoir de se défendre contre certaines actions de la classe ouvrière) et qu'on présente aux citoyens isolés, enfermés devant leur télévision comme un danger extérieur informé."



(A.Joxe, PSU)

Aber auch ein J.-M. Muller muss eingestehen, dass es schwierig ist die einseitig von den marktbeherrschenden Massenmedien indoktrinierte Bevölkerung von der Haltlosigkeit des Arguments von einer drohenden russischen Gefahr zu überzeugen. Deshalb ist es wichtig, die Wirksamkeit einer sozialen Verteidigung auch gegen äussere Angriffe zu betonen.

Dabei muss man davon ausgehen, dass eine militärische Aggression normalerweise 3 Ziele verfolgt: 1. die militärische Benützung eines Territoriums und seiner Arbeitskräfte, 2. die Ausbeutung seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten (Rohstoffe, Industrien, Transport), 3. die ideologische Gleichschaltung und politische Umstrukturierung. Die (soziale) Verteidigung muss das Erreichen dieser 3 Ziele zu verhindern suchen und dem Angreifer bewusst machen, dass sein Angriff trotz der Abwesenheit einer militärischen Verteidigung die Ziele nicht im Handumdrehen erreichen kann. Die Friedensforscher schlagen zu diesem Zweck eine ganze Reihe von Massnahmen vor, von denen hier als wichtigste erwähnt seien:

- die Bestzung der Arbeitsplätze durch die Arbeiter, Angestellten und Beamten und die Fortführung der alten Tätigkeit, ohne auf die Befehle des Usurpators zu achten. (Ein Streik verspricht in der Tat nur im Falle einer inneren Aggression Erfolg, weil er nicht über längere Zeit durchführbar ist.)
- der aktive Ungehorsam gegenüber den politischen Befehlen des Usurpators und seiner Verwaltung.
- der gewaltlose Versuch, die feindlichen Soldaten und Beamten zu einem Aufgeben ihrer Bemühungen zu überreden, mit dem wichtigen Argument, dass ihnen ja von Seiten der Angegriffenen keine Gefahr drohe. So wird der Gegner gezwungen sein, grosse Mengen eigener Leute (Soldaten und Zivilisten) ins eroberte Gebiet zu schicken, die ihn teuer zu stehen kommen und zumindest die wirtschaftliche Rentabilität der Aggression erheblich in Frage stellen. (vgl. Beispiel des norwegischen Widerstands in der Einleitung; Hitler hätte dort eigentlich die Lehrer ersetzen müssen, da diese sich einstimmig gegen eine ideologische Gleichschaltung der Schulprogramme zur Wehr

(1) "Pour le socialisme autogestionnaire: Une Non-Violence politique", publié par "alternatives non-violentes", N° 15-16/1976

setzten; Hitlers Verteter, Quisling, musste zurückstecken.) Zudem durchbricht die soziale Verteidigung durch ihren Verzicht auf Gegendrohung die Abschreckungsspirale, die Spirale der Angst, welche die Spirale der Aufrüstung in Bewegung setzt, und stützt folglich die einsichtigen, moralischen Kräfte beim Gegner, verzögert die in Aggressionen sich äussernden Angstgefühle.

Es zeigt sich aber, dass eine solche Strategie langer Vorbereitungen bedarf: man denke etwa an den Aufbau geheimer Radiosender zur Koordination des Widerstandes und zur ideologischen Zermürbung der gegnerischen Truppen, an die Schulung der Arbeiter zur Übernahme ihres Betriebes auch ohne die qualifizierte Betriebsleitung (was ja in der selbstverwalteten Gesellschaft die Regel werden soll), usw. Vorbereitungsmöglichkeiten gibt es beim Engagement in aktuellen lokalen oder sozialen Konflikten. Man denke z.B. an den Larzac. Wichtig ist, dass bei der Vorbereitung einer neuen Gesellschaft auch die gewaltlosen, demokratischen Mittel gebraucht werden, die am Ziel eingesetzt werden sollen.

il n'existe plus
le jardin de leur enfance
où l'aile de l'oiseau
se levait sur la fleur
comme le jour dans leur poing de jardiniers

fleur par fleur
elles sont coupées
tête par tête
ils sont tués
aile par aile
ils sont brûlés
et leur jardin disparaît
sous la lave
du ciment armé
du béton barbelé
du capital étranger

des têtes de fleurs coupées
l'Impérialisme Téléphonique et Totalitaire
fait des radars tortionnaires
protégés par les ailes des B 52
déversant
dans les nuits froides d'octobre
et
dans les chaudes soirées de mai
une pluie fine
de plutonium
sur le jardin en printemps
sur les ailes des fleurs redressées
sur les jardiniers révoltés

c'est nous les jardiniers
gardons notre jeunesse
gardons notre métier

changeons de société

René Welter
le bonheur barbelé
Paris 1976

Wenn es auch Einstimmigkeit gibt über die moralische Überlegenheit der sozialen Verteidigung über jede militärische Form der Verteidigung - und dies sollte uns Christen doch zu denken geben - so bleiben letztlich doch einige Zweifel an ihrer unbedingten Wirksamkeit, so dass auch die GAG die Diskussion nicht einstimmig abschliessen konnte. Kaum Zweifel an der Wirksamkeit gibt es für den Fall, wo ein konterrevolutionärer Putsch versuchen sollte, die demokratischen Errungenschaften eines Volkes rückgängig zu machen (unter der Bedingung, dass das Volk seine Erfolge gewaltlos erzielt hat.). Anders ist es im Falle der äusseren Aggression - die zwar wohl im westlichen Europa augenblicklich weit weniger zu fürchten steht als die erstgenannte Gefahr. In der Tat hatten es die gewaltlosen Widerstandskämpfer in den zitierten Beispielen - in der CSSR vor allem - immer mit Angreifern zu tun, die nicht bereit waren, bis zum Äussersten zu gehen. Wie aber steht es mit der Wirksamkeit der Gewaltlosigkeit, wenn ein Idi Amin Dada oder ein Hitler skrupellos an die Ausrottung ganzer Völker herangehen. Kein von Hitler angegriffenes Volk hat auf auch bewaffneten Widerstand verzichtet. Und so stellt sich die Frage, ob man in der sozialen Verteidigung nicht gewaltlose mit bewaffneten Kampfmethoden kombinieren sollte. Hingewiesen wird dabei auf die abschreckende Wirkung des bewaffneten Widerstandes, den die Jugoslawen 1948 der UdSSR notfalls entgegengesetzt hätten, und der diese in einen langen, ungewissen Krieg verstrickt hätte. Von einer nuklearen Aufrüstung, wie wir sie leider heute kennen, ist man dabei noch weit weg. Aber führt der Ansatz einer Bewaffnung nicht

zwangsläufig dahin? Wie auch immer man dieses Problem entscheiden möge, es gilt jedenfalls nicht, um mit Dom Helder Camara zu sprechen, im Namen der prinzipiellen Gewaltlosigkeit jene Völker von vornherein zu verurteilen, die in ihrer namenlosen Unterdrückung keinen andern Rat mehr wussten, als zur Waffe zu greifen. Solche Entscheidungen muss man aus deren Situation heraus verstehen, auch wenn man selbst der Überzeugung ist, dass "die Macht nicht in den Gewehrläufen steckt" und der Zweck die Mittel nicht heiligt, sondern, im Gegenteil, falsche Mittel den Zweck pervertieren können.

Was können wir Luxemburger aus all dem Gesagten ziehen? Selbstverständlich müssen wir - wie schon beim Thema Atomenergie - über die nationalen Grenzen hinausdenken. Denn Luxemburg exportiert nur Waffen und Munition für 5 Mio F (1975), seine Armee zählt rund 400 Freiwillige ...

Und doch sind wir integrierter Bestandteil der NATO, Mitglied der EG, die an einer Militärunion plant (cf. Tindemans-Bericht), Steuerparadies für Banken und Holdinggesellschaften, deren Verwicklungen im Waffengeschäft gar nicht überprüfbar sind, Stahlerzeugerland, dessen Eisen auch zum Waffenbau aufgekauft werden kann. Unsere Massenmedien plädieren für Aufrüstung, solange der Ostblock nicht abrüstet, und vor allem: wir profitieren von der Unterentwicklung der früher von unsern Nachbarn militärisch gesicherten Kolonialgebiete.

Es wurde aufgezeigt, wie die Abhängigkeit dieser Gebiete heute durch unsere westlichen Freunde u.a. durch den Waffenhandel aufrechterhalten wird. Wir müssen also unsere Regierung immer wieder auffordern, nicht nur die Luxemburger Beteiligung am Waffenhandel und der Aufrüstung radikal zu stoppen, sondern sie zudem dazu bringen, bei unsern politischen Freunden in diese Richtung hinzuwirken. Es kann nämlich keine unerlaubte Einmischung in die Interessen fremder Staaten sein, wenn man Menschsein und Menschheit überhaupt verteidigen will. Unser Nachbar Frankreich liefert Waffen an die Terrorregime in Marokko und Süd-Afrika, an das Chile Pinochets, an den Schah von Persien und die indonesischen Diktatoren. Dürfen wir darüber schweigen? Unsere offiziellen Vertreter zeichnen sich durch Schweigen oder Stimmenthaltung aus, wenn es um Fragen des Krieges oder der Unterdrückung geht (siehe ehemalige Kolonialpolitik Portugals und versuchte Isolierung Süd-Afrikas (forum 11)).

Wir können also nicht einfach sagen, eine ganze Reihe von Konflikten, die überall dort entstehen, wo Menschen sich frei machen wollen von politischer oder ökonomischer Abhängigkeit, gingen uns nichts an, wir seien daran sowieso unschuldig. Wir, d.h. Europa, unsere westliche Welt, gaben ihnen oft ihre Chance nicht. Und sogar dann, wenn sie sich zur Wehr setzten, schlugen lediglich die Waffenlieferanten wiederum Profit daraus. Sie liefern ihnen, zu hohem Preis, die Waffen und technischen Unterstützungen. (Dass der Ostblock dasselbe tut, ist dabei nur eine schäbige Entschuldigung.) Einziges Kriterium dabei ist der Gewinn - allzuoft auch und gerade für unsere Politiker, obschon sie offiziell beständig vom "Frieden in der Welt" reden.

Wollen wir jedoch überleben, müssen wir uns viel intensiver um unsere Zukunft kümmern, müssen wir versuchen, mit allen Menschen zusammen eine friedliche Welt aufzubauen. Nur wenn wir unsere eigenen Bedürfnisse zurückschrauben, wenn wir gewillt sind, einen gerechten Preis für Rohstoffe zu zahlen, wenn wir bereit sind, unsere Privilegien zu Gunsten der Gleichheit aufzugeben, werden Waffen und das schmutzige Geschäft mit ihnen überflüssig werden. Ein Mitglied des "Mouvement pour le Désarmement, la Paix et la Liberté" sagte: "Pour résoudre le problème de l'armement on cite toujours deux forces: les Etats-Unis et l'U.R.S.S.. Mais on en oublie

(sciement?) une, qui est plus forte que les deux autres réunies: l'opinion publique. Ceux qui ont les moyens d'y faire appel ne le font pas. Alors nous tentons de les remplacer avec nos faibles moyens." (in: C.J.N., mars 1976)

Die Idee eines vollkommenen Verbotes des Waffenhandels möge manchem absurd erscheinen, die allgemeine Abrüstung reine Utopie. Doch dies ist kein Grund, nichts zu unternehmen. Wir müssen neue Wege finden und sie auch wagen. Denn gerade der immer wahnsinniger werdende Rüstungswettlauf lässt das Überleben der Menschheit absurd und utopisch erscheinen.

GAG

BENÜTZTE LITERATUR

Theodor Ebert, Basisdemokratische Wehrpolitik, in "gewaltfreie aktion", Nr.19-20/1974

Raymund Schwager, Gerechter Krieg? Die Selbstaufhebung eines moraltheologischen Denkmodells, in: Orientierung 39(1975), pp.76-78

id., Alternativen zur Rüstungsspirale, in: Orientierung 39(1975), pp.90-93

Albert Stabel, Abschreckung oder Dissuasion, in: Orientierung 39(1975), pp.209-212

Raymund Schwager, Der Vatikan und die Abrüstung, in: Orientierung 40(1976), pp.185-187

Armée ou défense civile non violente? Ouvrage collectif publié par "Combat non-violent", No. 59-60/1975

Une non-violence politique, Texte d'orientation politique du Mouvement pour une Alternative Non-Violente (= "alternatives non-violentes", No 15-16/1976)

Prises de position autour de ce texte, in "alternatives non-violentes" No 20-21/1977 pp.1-42

Pour une autre défense (= "alternatives non-violentes", No 17/1976)

Roland Vogt, L'Europe, puissance civile ou union militaire? in: "alternatives non-violentes", No 18/1976, pp.36-42

Spécial vente d'armes, = Croissance des Jeunes Nations (C.J.N.), No 169/1976

Maurice Denuzière, Armes en tous genres, in: Le Monde, 4 et 5 janvier 1977

xir / men

Schah bekennt sich zur Folter

Mit Beschluß vom 19. November hat das Amtsgericht München die Beschlagnahme eines Plakats von *Amnesty International* (ai) mit der Aufschrift: „Iran: Der Schah bekennt sich zur Folter“ aufgehoben und für „nicht gerechtfertigt“ erklärt (Akt. ER II Gs 1130/76). Das Gericht stellte fest, daß die Richtigkeit der in der französischen Tageszeitung „Le Monde“ vom 25. 6. 1974 und vom 1. 10. 1976 wiedergegebenen Äußerungen des Schah („Wir haben die Raffinesse der Folter auch von Ihnen gelernt“) „keinen vernünftigen Zweifel“ unterliege und daß deshalb der Text des ai-Plakats entgegen der Annahme der Staatsanwaltschaft keine „Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes“ darstellt, sondern „durch das grundgesetzlich

geschützte Recht der freien Meinungsäußerung und die Wahrnehmung berechtigter Interessen gedeckt“ ist.

Nach offiziellen Angaben gibt es in Iran 3000 politische Gefangene; ai schätzt ihre Zahl auf zwischen 25 000 und 100 000 und damit als eine der höchsten auf der Welt. ai liegen eine Reihe von Zeugenaussagen auch aus jüngster Zeit über schwere Folterungen vor. Unter den Foltermethoden sind Elektroschocks, das Ausreißen von Fingernägeln und Zähnen, das Durchstoßen der Wangen mit einem glühenden Eisenstab und das Rasten auf einer weißglühenden Eisenplatte, das bei verschiedenen Gefolterten zum Tod oder zu lebenslanger Lähmung geführt hat. Sollte dies nicht zu denken geben?

A. J. in: Publik-Forum, Nr 1/77

Nationale Sicherheit

Die „Doktrin für die Nationale Sicherheit“ stammt aus dem Jahr 1968 und heißt im Wortlaut: „Nationale Sicherheit garantiert die Verwirklichung nationaler Ziele gegen jegliche Opposition von innen und außen.“ Sie bildet das Kernstück des berühmten „Institutionellen Akts Nr. 5“ vom Dezember 1968 (siehe auch Kritik an dieser Ideologie in Publik-Forum Nr. 24/76: „Was Christus von uns fordert“ — Hirtenbrief der brasilianischen Bischöfe — 4*). Der Terminus „Nationale Sicherheit“ gehörte zu den Standard-Klischees der USA während des Indochinakrieges (und auch während Nixons Watergate-Skandals).

Diese Doktrin bildet die ideologische Grundlage für die Ausbildung lateinamerikanischer Offiziere der Streitkräfte sowie führender Polizeioffiziere in der US-School of the Americas in der US-Panama-Kanalzone. Dort wurden mehrere Hundert brasilianischer Offiziere im Antiguerrillakrieg und Polizisten in „Verhörtechnik“ (lies: Folter)

ausgebildet. Die erworbenen Kenntnisse haben die Offiziere an die mit der Folterung beauftragten niederen Dienstgrade weitergegeben: die Brutalität wurde von oben verordnet und anfänglich noch im Beisein von US-Offizieren oder CIA-Männern praktiziert.

Heute haben rund 170 Absolventen der School of the Americas führende Positionen in lateinamerikanischen Ländern inne: als Staatspräsident, Außenminister, Heeres-, Marine-, Luftwaffenminister; als Chefs der Geheimdienste, als Botschafter, Militär-Attaché, in Washington ein besonders begehrter Job.

Die „Feindlage“ der Panama-Schule und der von ihr praktizierten Doktrin von der Nationalen Sicherheit geht auf eine Anti-Subversions-Strategie zurück, die ihre Wurzeln in den Erfahrungen der französischen Armee im Algerienkrieg besitzen. Das Compendium dieser Erfahrungen sind die Schriften des Obersten Trinquier, der den Anti-Guerrilla-Krieg als rein militärisches Problem behandelt.

Die Soziallehren der Kirche lassen sich mit dieser Militärdoktrin nicht vereinbaren, viel weniger als mit den Überzeugungen der Kennedy-Administration, daß Subversion zuerst durch Beseitigung

alter Machtstrukturen und der Armut bekämpft werden müsse.

Nach Trinquiers Doktrin ist die Erhaltung der Staatssicherheit das oberste Interesse, dem alle anderen Werte unterzuordnen seien. Nach Trinquier ist im Anti-Subversionsfeldzug vor allem die Geschwindigkeit entscheidend, mit der man gefangenen Feinden ihr Wissen entreißt. Das mache die Folter zu einem notwendigen Bestandteil der Strategie. Die französische Niederlage in Algerien sei allein durch die Forderung der öffentlichen Meinung Europas herbeigeführt worden, dem Foltern ein Ende zu machen und die Menschenrechte wieder zu respektieren.

Um die „katholischen“ Hintergründe genauer durchschauen zu können, empfiehlt sich zu lesen: „Mario M. Alves: Brasilianische Rechtsdiktatur“, (rororo-aktuell, 1972). Darin legt der seit 1968 in Paris lebende Autor dar, was jahrhundertlang als „Katholizismus“ galt und praktiziert wurde, sodann seine tiefe Verwunderung, als er mit „linken“ Katholiken im Recife zusammentraf und hörte, was in Wahrheit das Evangelium lehrt und bedeutet. Woraufhin er sich zu Jesus Christus bekehrte.

27. Forum 11

rb.

in: Publik-Forum 74/77

Pri / bef / in

Den strategischen Punkt auspunkten

Helder Camara über „Nationale Sicherheit“

Unter dem Titel „Bündnis mit Thomas Merton“ hielt Erzbischof Helder Camara anlässlich der Entgegennahme des Thomas-Merton-Preises, der ihm vom Thomas-Merton-Zentrum in der Duquesne-Universität (Pittsburg, Pennsylvania, USA) am 23. 11. 1976 überreicht wurde, eine bewegende Rede, aus der hier einige Gedanken zitiert sind. Thomas Merton war ein konsequenter christlicher Pazifist. In seiner Jugend war er vorübergehend KP-Mitglied, mit 23 Jahren ließ er sich taufen, drei Jahre später trat er in einen Orden ein, mit 34 Jahren wurde er Priester. Mertons Buch „Berg der sieben Wohnungen“, befindet sich 18 Monate lang auf der Bestseller-Liste der „New York Times“. Camara in seiner Rede:

Weshalb ist es für die Herren der Welt — gleich ob in rechten oder linken Diktaturen — so wichtig, — daß Kirche sich auf ihren Gottesdienst beschränkt und nicht über die Schwelle des Kirchengebäudes tritt, — daß Kirche „reine“ Evangelisierung treibt und diese nicht mit Humanisierung vermischt oder gar trübt, — daß Kirche sich absolut aus Politik heraushält, mit anderen Worten: daß Kirche sich nicht um wirtschaftliche, technische und gesellschaftliche Probleme kümmert, die in den Aufgabenbereich der Regierung fallen, — daß Kirche sich immer vor Augen hält, daß

das Reich Gottes nicht von dieser Welt ist und daß ihre eigentliche Aufgabe darin besteht, sich um Ewigkeit und Seelen zu mühen und — daß Kirche nur in einem einzigen Fall in die irdische Ordnung eingreifen darf und soll, dann nämlich, wenn es um die Verteidigung von Ordnung, Autorität und vor allem Privateigentum geht?

Es geht um den Abbau der Ideologie von der Nationalen Sicherheit. Es gibt Gruppen innerhalb der USA, die für Gewaltfreiheit eintreten und die zu beweisen sich anschicken:

daß eine Änderung in der Haltung der USA gegenüber diesem oder jenem lateinamerikanischen Land nicht ausreicht, weil ihr Land auf brutalste Weise die Menschenrechte verletzt, daß ihr Land seit Inkrafttreten des Gesetzes für Nationale Sicherheit (National Security Act) im Jahre 1947, mit dem der Nationale Sicherheitsrat (National Security Council) und das CIA (Central Intelligence Council) geschaffen wurden, praktisch unter einem quasi diktatorischen Regime steht, daß es in der Innenpolitik zwar dem Weißen Haus, dem Kongreß und dem Obersten Gericht gelingt, einen Teil ihrer verfassungsmäßigen Rechte zu wahren, daß in den Fragen von Verteidigung und Außenpolitik hingegen Nationale Sicherheitrat und CIA praktisch über alle Macht verfügen, daß das National War College eine um-

fassende Ideologie der Nationalen Sicherheit ausgearbeitet hat. Diese besagt: Die Nation ist Selbstzweck und ein absoluter Wert; Nation, Regierung und Macht sind eins; es herrscht ein permanenter Kriegszustand; der Kommunismus ist das Übel aller Übel und ein Krebsgeschwür, von dem die Menschheit befreit werden muß; im Kampf gegen den Kommunismus und zur Verteidigung der Nationalen Sicherheit rechtfertigt der Zweck alle Mittel, daß die Diktatur von Sicherheitsrat und CIA, die — in den USA mehr oder minder getarnt auftritt —, sich in Lateinamerika über den ganzen Erdteil offen und ungeschminkt ausbreitet, daß der Neonazismus — der sich in Lateinamerika in dieser unübersehbaren Komplizenschaft immer mehr ausbreitet, ein ideales, ja paradiesisches Klima für Investitionen, freie Betätigung und Ausbeutung von Rohstoffen seitens multinationaler Konzerne hergibt.

Wenn es den gewaltfreien Gruppen in den USA, die in der Tat gegenüber dem Kommunismus keine Neutralität an den Tag legen, gelingen sollte, die Ausbeutung durch die Ideologie der Nationalen Sicherheit in den USA abzubauen, dann würden sie im selben Augenblick an unterdrückerische Strukturen rühren, die man in Lateinamerika schon mit bloßem Auge sehen kann und die darüber hinaus eine schwere Bedrohung für die ganze Dritte Welt sind.

in: Publik-Forum 24/77